

### **XIII. Innere Sicherheit durch vorbeugende Maßnahmen**

Dass Baden-Württemberg im Bundesvergleich die geringste Kriminalitätsrate und die zweithöchste Aufklärungsquote vorweisen kann, ist der südlichen Lage im innerdeutschen Nord-Süd-Wohlstandsgefälle und der hervorragenden Arbeit der Strafverfolgungsbehörden zuzuschreiben. Es ändert nichts an der Tatsache, dass die Zahl der Straftaten ständig ansteigt. Am schlimmsten zeigt sich die Entwicklung der Jugendkriminalität, insbesondere in Bezug auf die zunehmende Gewaltbereitschaft. Hier sieht die WASG den größten Handlungsbedarf.

In weiten Teilen ist die Zunahme der Kriminalität eine Folge neoliberaler Politik. Soziale Kälte und Ausgrenzung, steigende Armut, wachsende Polarisierung, fehlende Perspektiven und Hoffnungslosigkeit führen zu Entfremdung und Brutalisierung der Gesellschaft. Demgegenüber stehen der ständige Ruf nach mehr Eigenverantwortung und ein Staat, der sich der sozialen Verantwortung entzieht. Während die Bürger/innen in dieser Lage immer mehr verunsichert sind, versuchen die Anhänger und vor allem die Profiteure der neoliberalen Politik mit großem Aufwand, dieses Unsicherheitsgefühl auf den Teilaspekt der Kriminalität zu konzentrieren und es als Hebel für den Abbau von Bürgerrechten zu verwenden. Wenn wir diesen Weg so weiter gehen, werden mehr und mehr Bürgerrechte abgebaut und wir immer lückenloser überwacht.

Die Maßnahmen der Landesregierung zur Bekämpfung der Kriminalität haben sich als untauglich erwiesen. Weder kann Sicherheit durch den ständigen Ruf nach effizienterem Personal- und Mitteleinsatz geschaffen werden, noch durch permanente Erweiterung von Eingriffsbefugnissen und Erhöhung der Strafmaße. Die damit einhergehende Einschränkung von Bürgerrechten ist in Anbetracht der Ergebnisse oftmals unverhältnismäßig. Es ist falsch, sich aus Kostengründen allein dieser Mittel zu bedienen. Auch kann es kaum effektiv sein, die Folgen einer Fehlentwicklung der Gesellschaft allein durch Repression lösen zu wollen. Daher fordert die WASG:

- Keine weiteren Verschärfungen von Straf- und Eingriffsrecht
- Die kritische Überprüfung aller vorhandenen Eingriffsbefugnisse der Strafverfolgungsbehörden
- Intensive Ursachenforschung zur Findung neuer, präventiver Ansätze zur Kriminalitätsbekämpfung

Die allgemeinen gesellschaftlichen Probleme werden gerade für junge Menschen vielfach durch mangelnde Sprachkenntnisse, fehlende Qualifizierung, ausbleibende Integration von Migrantinnen und damit einhergehende Subkulturbildung verschärft. Der Wegfall der Schulsozialarbeit und die Streichung von Landesmitteln für die mobile Jugendhilfe waren hier die falschen Signale. An einem Punkt, an dem junge Menschen zu Tätern werden, dürfen die Personal- und Sachmittel nicht gekürzt, sie müssen aufgestockt werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass in einem der reichsten Bundesländer Mittel für die Jugendhilfe ungeachtet der enormen Bedeutung nach dem Rasenmäherprinzip gekürzt werden. Für falsch halten wir auch Bestrebungen, Tätigkeiten der Bewährungshilfe in das Ehrenamt hineinzuverlagern. Für das Jahr 2006 ist gar der Bau einer privaten Haftanstalt geplant. Der Staat versucht hier, ebenso wie in anderen Tätigkeitsfeldern, sich aus Kostengründen seiner Verantwortung zu entziehen und lässt dabei außer acht, dass diese Tätigkeitsbereiche eine hohe Professionalität verlangen und für die Gesellschaft zu wichtig sind, um sie herabzuqualifizieren!

Aus diesen Gründen fordert die WASG:

- Die Aufstockung der Mittel für die Jugendhilfe
- Eine weitere Finanzierung der Schulsozialarbeit, sowie deren Ausbau an sozialen Brennpunkten
- Die Fortführung und Ausweitung des Stuttgarter Modellprojekts „Haus des Jugendrechts“, sowie des Programms für jugendliche Intensivtäter
- Die Einrichtung dauerhafter gemeinsamer Ermittlungsgruppen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität bei Schutz- und Kriminalpolizei
- Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendrichtern und Jugendhilfe, möglichst unter einem Dach

Jugendliche Täter müssen erkennen, dass ihren Taten eine angemessene Bestrafung unmittelbar folgt und nicht erst viele Monate später. Entscheidend für den pädagogischen Erfolg von Bestrafung ist die Tatzeitnähe und ihre Angemessenheit. Ziel kann es nicht sein kann, Jugendliche so lange wie möglich wegzusperren. Andere Maßnahmen, wie z.B. Arbeitsstunden, sind vorzuziehen. Kommt es am Ende doch zum Vollzug des Freiheitsentzugs, so muss dieser den jugendlichen Inhaftierten Zukunftsperspektiven bieten, Hilfe zu Ausbildung und Erziehung hin zu Selbstständigkeit und Selbstdisziplin leisten. Solange Jugendliche im Strafvollzug Subkultur-Erfahrung machen und Anleitung zu neuen Straftaten erhalten, ist der Vollzug untauglich. Für einen effektiven, angemessenen Verfahrensgang und Strafvollzug fordert die WASG daher:

- Eine weitere Beschleunigung der Verfahren gegen jugendliche Täter
- Den deutlichen Ausbau von Personal- und Sachmitteln im Jugendstrafvollzug

Die Verlagerung des Justizvollzugs – also der Haftanstalten – in private Hände lehnt die WASG entschieden ab. Der Freiheitsentzug ist eine der höchsten Formen legitimer staatlicher Gewalt gegen den Bürger. Mit der Privatisierung will das Land Baden-Württemberg Geld einsparen – insbesondere Personalkosten! Private Firmen arbeiten gewinnorientiert und werden, wie in letzter Zeit in der freien Wirtschaft hinlänglich erkennbar wurde, ebenfalls am Personal einsparen. Ein qualitativ hochwertiger Strafvollzug ist aber mit schlecht bezahltem und in der Folge gering qualifiziertem Personal nicht aufrechtzuerhalten.

Der technische Fortschritt und stetig neu auftretende Kriminalitätsphänomene zwingen die Polizei dazu, ständig neue Ermittlungsinstrumente zu bedienen. Dafür musste den eigentlichen Ermittlungsdiensten immer wieder Personal abgeschöpft werden. Auf der einen Seite helfen neue Einsatzmittel natürlich bei der Sachbearbeitung. Auf der anderen Seite aber führen sie durch Aufhellung des Dunkelfeldes auch zu einem Mehr an Arbeit für die Ermittlungsdienste, ohne dass es zu einem Personalausgleich käme. Dabei belegt Baden-Württemberg im Ländervergleich der Polizeidichte seit Jahren einen der letzten Plätze!

Anstatt die Polizei ihren Aufgaben angemessen mit Personal zu versorgen, versuchte die Landesregierung bislang immer wieder, aus dem vorhandenen Personalkörper ein Mehr an Leistung abzuschöpfen. So ließ man durch die Firma Mummert & Partner eine Organisationsuntersuchung durchführen, an deren Ende eine Vielzahl guter Vorschläge folgte. Im Jahr 2000 wurde die Polizei im Rahmen der Reorganisation mit der Umsetzung dieser Vorschläge beauftragt, wobei man ihr viel Gestaltungsmöglichkeiten einräumte und der Erfolg letztlich höchst zweifelhaft bleibt. Die Evaluation dieser Reorganisation dauert bis heute ergebnislos an. Schließlich wurde die Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden erhöht. Als

Krönung dieser unsäglichen Politik verordnete die Landesregierung der Polizei jetzt auch noch ein Stellenabbauprogramm, bei dem bis zu 20 % Stellen eingespart werden sollen! Nachwuchs wird kaum noch ausgebildet. Damit geht die Landesregierung das Problem der Überalterung des Personalkörpers gar nicht an. Dabei liegt das Durchschnittsalter in manchen Regionen und Dienstzweigen jenseits der 45! Nun will die Landesregierung das Pensionsalter der Polizeibeamten erhöhen, was letztlich nur einer Kürzung der Pensionsbezüge gleichkommt, da ein großer Teil der Polizeibeamten gesundheitlich gar nicht in der Lage ist, bis zur Pensionsgrenze hin zu arbeiten. Die WASG hält die Maßnahmen der Landesregierung für falsch und fordert:

- Eine objektive Überprüfung der Reorganisation der Polizei, durch einen Ausschuss des Landtages
- Den sofortigen Stopp der laufenden Stellenabbauprogramme in Polizei und Justiz
- Die verstärkte Ausbildung von Nachwuchsbeamten und eine Anhebung der Polizeidichte auf den Bundesdurchschnitt

Seit langem schon ist die Landesregierung bestrebt, den Haushalt zu einem erheblichen Teil durch Streichungen und Kürzungen bei den Beamten zu sanieren. Nachdem die Landesregierung Weihnachts- und Urlaubsgeld gekürzt bzw. gestrichen hatte, erklärte der damalige CDU-Fraktionschef Günther Oettinger Ende 2003 auf einer Tagung des Beamtenbundes, dass weitere Einschränkungen für Beamte nicht mehr möglich seien. Da hat er Recht, denn die Grenze der Zumutungen für die Landesbeamten ist erreicht. Weitere Kürzungen wären massiv unsozial, da sie besonders die kleinen und mittleren Besoldungsgruppen treffen würden. Wir teilen hier die Meinung von Herrn Oettinger und weisen darauf hin, dass sie im Widerspruch zu den neuen Kürzungsplänen steht, nach denen die Wochenarbeitszeit wieder einmal erhöht werden und das Pensionsalter heraufgesetzt werden soll. Auch so gibt es bei der Besoldung der Polizeibeamten genug Probleme. Die ständige Diskussion innerhalb der Organisation, der so genannte „Meister-, Obermeister- und Oberkommissarsbauch“, deuten nicht etwa auf kleine Mängel innerhalb eines sonst gut funktionierenden Systems hin. Sie sind die Symptome eines Systems, das schon lange weder zeitgemäß noch sachgerecht ist. Die militärische Besoldungsstruktur kann den Anforderungen des modernen Polizeiberufes nicht mehr gerecht werden. Die auf drei Laufbahnen beruhenden massiven Einkommensunterschiede bei gleichen Tätigkeiten sind ungerecht, motivations- und leistungsfeindlich. Die WASG wird sich für eine gerechte Bezahlung einsetzen und im Landtag folgende Forderungen vertreten:

- Den Stopp der Kürzung von Bezügen und Versorgung der Beamten
- Die Rücknahme der Erhöhung der Wochenarbeitszeit und der faktischen Kürzung der Pensionsbezüge
- Eine Verbesserung des bestehenden Besoldungssystems, hin zu einer gerechteren und tätigkeitsbezogenen Bezahlung
- Die deutliche Stärkung der unteren Besoldungsgruppen
- Ein grundlegender Umbau des Besoldungssystems, nachdem nicht mehr überwiegend Schulabschluss und Studium, sondern vielmehr die Tätigkeit belohnt wird